

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 11 (1986)
Heft: 2

Rubrik: Keine Einigung zwischen Pro Juventute und Fahrenden

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Keine Einigung zwischen Pro Juventute und Fahrenden

Alt Bundesrat Rudolf Friedrich distanzierte sich als Stiftungsratspräsident der Pro Juventute von «Kinder

der Landstrasse»: «Die Stiftung Pro Juventute kann aus heutiger Sicht die damalige Arbeitsweise des Hilfswerkes für die Kinder der Landstrasse nicht gutheissen. Sie bedauert insbesondere, dass durch die Tätigkeit des ehemaligen Hilfswerkes Kinder von ihren Eltern, von ihren Geschwistern getrennt wurden», sagte Friedrich gestern vor der Presse.

Wie der Zentralsekretär der Stiftung Pro Juventute, Heinz Bruni, erklärte, sollen die Akten, welche sich aus jener Zeit noch immer im Besitz der Pro Juventute befinden, bis Mitte 1986 den zuständigen Vormundschaftsauf-

sichtsbehörden der einzelnen Kantone übergeben werden. Damit entspricht die Stiftung einer Forderung verschiedener Kantone.

Die Radgenossenschaft der Landstrasse ist mit dieser Lösung aber nicht einverstanden. Dies erklärten die rund zwanzig Vertreterinnen und Vertreter der Jenischen gestern an der Pressekonferenz, zu der sie zwar nicht offiziell eingeladen worden waren, sich aber trotzdem Zugang verschaffen konnten. «Wir wollen keine Akteneinsichtsreglemente, wir wollen die Herausgabe der Akten in die Hände der Betroffenen», forderte die Schriftstellerin Mariella Mehr als Sprecherin der Fahrenden (siehe Interview).

... «Übergabe der Akten verhindern»

Frau Mehr, die Pro Juventute will mit der Übergabe der Akten über die Fahrenden in der Schweiz an die Kantone die Möglichkeit schaffen, dass die Betroffenen endlich in ihre Akten Einsicht nehmen können. Weshalb ist die Radgenossenschaft gegen diese Lösung?

Mariella Mehr: Mit der Übergabe der Akten an die Kantone ist das Problem nicht gelöst. Im Gegenteil: Damit wird der von uns verlangte Zugang zu den Akten erst recht verhindert. Wer garantiert uns Einsicht in unsere Akten, wenn sie bei den Kantonsen liegen? Wir fordern die Herausgabe der Dossiers an die Betroffenen. Eine noch zu schaffende Stiftung unserer Radgenossenschaft könnte die Dossiers verwalten. Nur damit wäre auch die absolut nötige Betreuung der Betroffenen bei der Einsicht in ihre Akten gewährleistet. Die Unterlagen über meine Person wurden mir von unbekannter Seite zugestellt. Als ich sie las, war ich nachher völlig geschockt. Dafür braucht es Betreuung.

Die Vertreter der Pro Juventute haben sich heute distanziert von den Aktionen von «Kinder der Landstrasse». Ist da-

mit der Weg für konstruktive Verhandlungen geebnet?

Überhaupt nicht. Der Stiftungsratspräsident, Alt-Bundesrat Friedrich, hat sich ebenso wie die übrigen Vertreter von Pro Juventute auch heute geweigert, sich für die Verbrechen von «Kinder der Landstrasse» zu entschuldigen. Seine Distanzierung reicht uns als Entschuldigung nicht. Jetzt werden wir definitiv nicht mehr mit der Pro Juventute verhandeln. Auch die Kantone sind für uns keine Gesprächspartner. Jetzt reden wir nur noch mit übergeordneten Stellen beim Bund.

Glauben Sie, damit die von Ihnen abgelehnte Herausgabe der Akten an die Kantone verhindern zu können?

Ich bin überzeugt davon, dass die Unterlagen über die Fahrenden schliesslich in den richtigen Händen, in unseren Händen, landen werden. Der von der Pro Juventute zusammen mit den Kantonen angestrebten Lösung werden wir uns mit allen möglichen Mitteln widersetzen. Wir werden die Übergabe der Akten an die Kantone verhindern. **Danni Härry**



Mitglieder der Radgenossenschaft der Landstrasse verschafften sich Zutritt zur Pressekonferenz der Pro Juventute und verlangten eine Entschuldigung für das den Jenischen angetane Unrecht.
(Bild Key)

■ VON MARGRIT WARTMANN, ZÜRICH

Pressekonferenzen sind Rituale, sie haben den gleichen Ablauf und pflegen langweilig zu sein. Für den Montagmorgen hatte die Stiftung Pro Juventute eingeladen. Sie nahm Stellung zu ihrem Hilfswerk «Kinder der Landstrasse», das von 1926 bis 1973 bestanden hatte und seit den frühen siebziger Jahren scharf kritisiert wird. Das Hilfswerk hatte über 600 jenische Kinder, in der Umgangssprache immer noch Zigeuner genannt, von ihren Eltern getrennt und so Sippen und Familien brutal auseinandergerissen. Die Fahrenden sollten sesshaft gemacht werden. Das «Bundesgesetz betreffend die Heimatlosigkeit» aus dem Jahr 1850 verbot das Landfahren mit schulpflichtigen Kindern. Die Vertretung der Fahrenden, die «Radgenossenschaft der Landstrasse», wirft dem Hilfswerk beziehungsweise der heutigen Leitung der Pro Juventute u. a. Kindsraub, rechtswidrige Entmündigungen, Nötigung und Erpressung vor.

★

Die Fahrenden hatten für die Pressekonferenz eine Aktion angekündigt. Sie, die Betroffenen, erschienen selber. Ein gutes Dutzend von ihnen platzten in die Veranstaltung und stellten Fragen – ohne Einladung und Presseausweise, legitimiert durch ihr erlittenes Schicksal.

Die Fahrenden forderten von der Pro Juventute «eine öffentliche Entschuldigung für die unter ihrer Aufsicht geschehenen Verbrechen an den Jenischen», eine sofortige Herausgabe der Akten an die Betroffenen oder, falls diese es nicht wünschten, an eine neutrale Stelle und die «rechtliche sowie finanzielle Unterstützung unserer Bemühungen zur Wiedergutmachung der schlimmsten Schäden, soweit sie heute noch wiedergutzumachen sind». Die Forderungen unterstrich das Knurren eines mitgebrachten Hundes.

★

«Sie haben immer nur bedauert», schrie die Schriftstellerin Mariella Mehr, selber jenischer Herkunft, dem Stiftungsratspräsidenten Rudolf Friedrich zu. «Entschuldigen Sie sich endlich einmal, Herr Alt-Bundesrat Friedrich. Entschuldigen Sie sich vor diesen Menschen, denen Unrecht getan wurde.»

Rudolf Friedrich antwortete: «Das ist nicht unsere Schuld.» Das Hilfswerk «Kinder der Landstrasse» sei mit Unterstützung der Bevölkerung tätig gewesen. Und: «Die Stiftung Pro Juventute kann aus heutiger Sicht die damalige Arbeitsweise des Hilfswerkes für die Kinder der Landstrasse nicht gutheissen.»

Die Jenischen forderten eine Eingeste-

hung der moralischen Schuld. Wiederholt riefen sie: «Entschuldigen Sie sich!» Rudolf Friedrich sagte wieder und wieder, mit der Zeit entnervt, dass die Stiftung die vergangenen Taten als falsch und unrichtig betrachte. Und: «Ich muss die heutigen Verantwortlichen der Pro Juventute in Schutz nehmen für Dinge, für die nicht sie verantwortlich sind.»

Frage eines Journalisten: «Wie können Sie Ihre Behauptung belegen, dass die Bevölkerung die Sessbarmachung der Fahrenden unterstützt habe?» Antwort Rudolf Friedrichs: «Es ist so.» Frage: «Hat die Pro Juventute ein Unrechtsbewusstsein?» Antwort: «Eine Stiftung ist eine Fiktion. Sie hat kein Bewusstsein.» Frage: «Herr Friedrich, Sie sind doch ein Mensch, Sie könnten als Mensch ein Unrechtsbewusstsein haben.» Antwort Rudolf Friedrichs: «Ich bin nicht einverstanden, dass Sie mir die Antwort vorschreiben.»

★

«Unrecht: dem Recht, der Gerechtigkeit entgegengesetztes, das Recht, die Gerechtigkeit verneinendes Prinzip ... Unrichtigkeit: unrichtige Angabe, Behauptung.» (Aus: Duden, Das grosse Wörterbuch der deutschen Sprache.)

★

Mariella Mehr: «Wir reden von Unrecht. Wir reden nicht von Fehlern, sondern von der braunen Vergangenheit der Schweiz ... Die Deutschen haben sich für ihre Vergangenheit schon längst geschämt.» Das formaljuristische Vorgehen der Pro Juventute, nämlich die (vom Kanton St. Gallen erzwungene) Herausgabe der Akten an die zuständigen kantonalen Vormundschaftsbehörden, sei ein Vertuschen der begangenen Verbrechen, ein Sich-Drücken vor der Vergangenheitsbewältigung.

★

«Die Wunden, die durch die Aktion der Pro Juventute den Fahrenden insgesamt zugefügt worden sind, vernarben nur langsam, nicht zuletzt, weil auch das Selbstbewusstsein und das Gefühl für die Richtigkeit der eigenen Lebensweise schwer beschädigt wurden. Aus Ohnmacht und verletztem Stolz ist es schwer möglich, zu vergessen und zu verzeihen. Es ist deshalb an den Behörden und der Pro Juventute selbst, den ersten Schritt zu tun, um Wissen und Verständnis zu schaffen.» (Aus: Bericht der vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement eingesetzten Studienkommission «Fahrendes Volk in der Schweiz», 1983.)

★

Die Verantwortlichen der Pro Juventute blieben formal und korrekt in dem unüblichen Spiel. Vielleicht war ihnen aber doch unwohl beim hartherzigen Umgang mit ihrer Vergangenheit. Ein kleiner Versprecher des Pro-Juventute-Zentralsekretärs Heinz Bruni mag das belegen. Laut Manuskript hätte er in seinem Referat sagen sollen: «Die Stiftung Pro Juventute kann nicht für Vorkommnisse, welche im Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Tendenzen geschehen sind, verantwortlich gemacht werden. In seiner Rede fügte er ein Wörtchen hinzu: «... alleine verantwortlich gemacht werden.»

SDA/AP. Die wegen ihres ehemaligen Hilfswerks «Kinder der Landstrasse» in den vergangenen Monaten erneut unter Beschuss geratene Stiftung Pro Juventute hat sich gestern von der damaligen Arbeitsweise distanziert, und an einer Pressekonferenz bekanntgegeben, dass die noch im Pro-Juventute-Zentralsekretariat aufbewahrten Akten der ehemaligen Vormünder des Hilfswerks bis Mitte Jahr den Kantonen übergeben werden sollen.

Während dem von 1926 bis 1973 laufenden Projekt wurden die Familien von Fahrenden auseinandergerissen, mit dem Ziel, deren Kinder «bei sesshaften Familien zu plazieren». Im Laufe dieser Aktion waren 600 jenische Kinder von ihren Eltern und Geschwistern getrennt worden.

Rund 20 Vertreter der Vereinigung «Radgenossenschaft der Landstrasse» forderten gestern als ungeladene Gäste an der Pressekonferenz eine öffentliche Entschuldigung der Pro Juventute für die «braune Vergangenheit» des 1926 bis 1973 unter ihrem Dach arbeitenden Hilfswerks. Weiter verlangten die Zigeuner die sofortige Herausgabe der Akten anstelle des vorgeschlagenen Akteneinsichtsreglements.

Auch Journalisten kritisierten gestern die «Schönfärberei» der Pro Juventute. Die meisten jenischen Kinder seien entgegen der Darstellung der Stiftung nicht von sesshaften Familien aufgenommen, sondern in Erziehungsheime, psychiatrische Kliniken oder auch Gefängnisse gebracht worden.